

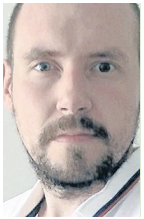
GASTWIRTSCHAFT

Eine Frage des Glaubens

Über den Anspruch von Reformen

Von Marcel Schütz

Reformen sind in aller Munde. Wo gilt das derzeit mehr als in der EU und nach Bratislava? Einen Erneuerungsprozess will man sich verordnen. Nicht ob Reformen nötig sind, wird in der Politik gefragt, sondern wann und wozu. Reformen erscheinen diffizil, begnügt man sich nicht mit ihrer bloßen Etikettierung, sondern schaut auf Voraussetzungen und Folgen.



PRIVAT

So sehr das bekannt ist, so sehr ist es nicht trivial, über die Qualität oder gar Richtigkeit von Reformen Konsens herzustellen. Welche Staaten profitieren von der Erneuerung der Union? Wo werden Mittel beschnitten, um sie anderen zu gewähren? Wem spielen Neuerungen in die Hände, haben deshalb andere das Nachsehen? Mit Reformvorhaben kann man Ärger abbauen. Oder das Gegenteil erreichen. Ob Hartz IV, Bologna-Uni oder Rundfunkbeitrag – an Beispielen mangelt es nicht.

Groß ist in Politik und Wirtschaft das Bemühen, Indizien für „richtige“ Reformen zu suchen. Reformen finden Unterstützer und erzeugen Widerstand, Konflikte und unerwünschte Effekte. Paradoxien gar. Man wollte das Eine und bekam das Andere, was mit dem Einen gemieden werden sollte.

Die italienische Sozialwissenschaftlerin Elena Esposito zweifelt an Reformversprechen. Neuerung werde nicht nur als Veränderung, sondern mit dem Anspruch der Besserung behauptet, was bedeute, dass es immer etwas gab, was schlechter war als eine Zukunft, über die man nichts weiß. Wir sind es gewohnt, „die Welt als voll von Mängeln und die Reform als deren Lösung darzustellen (...) um die in Aussicht gestellte Zukunft um so reizender zu machen“, erklärt die Mailänder Professorin in der 2005 erschienenen Schrift „Reform und Innovation in einer unstablen Gesellschaft“. Noch eigenartiger als die Annahme der Überlegenheit des Neuen sei es, „dass dieser Vorzug so breit und unumstritten akzeptiert wird“.

Was man auch über Reformen denkt, nichts bleibt so fraglich, wie der Anspruch des Objektiven und Richtigen, der mit ihnen verbunden wird. Denn dort, wo es um das Neue und Bessere geht, geht es unvermeidlich um Interessen. Was im Politischen das Bessere überhaupt sein darf, entscheiden nicht Zukunftsprognosen oder Rechnungen, sondern Wahlen für oder gegen Reform. Eine Glaubenssache ist, was besser sein soll. Besser weiß man's nicht.

Der Autor ist Doktorand der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Oldenburg. Sein Schwerpunkt ist die Organisationsforschung.



POPANZ Mit einer Puppe als Einbrecher verkleidet wirbt ein Geschäft für Alarmanlagen in Norderstedt (Schleswig-Holstein). Angesichts deutlich gestiegener Einbruchszahlen stecken die Deutschen mehr Geld in die Sicherung von Haus und Wohnung. Allein bei Alarmanlagen seien die Umsätze 2015 im

Vorjahresvergleich um 7,4 Prozent auf 741 Millionen Euro gestiegen, sagte der Chef des Bundesverbandes Sicherheitstechnik, Norbert Schaaf, in Essen anlässlich der bevorstehenden Messe „Security 2016“. Bei mechanischen Sicherungen gab es nach Branchenangaben ein deutliches Wachstum um ein

Zehntel auf eine Milliarde Euro. Vergleichsjahr ist hier 2013. Der steigende Trend setze sich 2016 fort. Die Messe „Security“ mit mehr als 1000 Ausstellern dauert vom 27. bis 30. September. Dabei geht es auch um Datensicherheit, Terrorabwehr und den Schutz durch Sicherheitsdienste.

DPA/BILD: IMAGO

ANALYSE

Prämie für die Forschung

STEFAN SAUER



Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft – aber sie forschen zu wenig. Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik wollen jetzt Anreize setzen.

Die 2,2 Millionen klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) beschäftigen 60 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland. Sie tätigen 40 Prozent der Anlageinvestitionen und stehen für ein Drittel des Gesamtumsatzes aller deutschen Unternehmen. Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Die Frage ist, wie lange noch. Was Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovationen angeht, stehen die ansässigen KMU nämlich alles andere als gut da. 2013 steuerten die Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von maximal 50 Millionen Euro nur ein Zehntel zum Gesamtbudget bei, das die deutsche Wirtschaft für Forschung und Entwicklung ausgab. In diesem Bereich steht Deutschland unter den 25 größten Industrienationen auf dem vorletzten Platz.

Und so gilt, was Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) für die Metall- und Elektroindustrie in seinem Bundesland feststellt, für die deutsche Wirtschaft insgesamt: Mit Blick auf Forschung und Entwicklung öffnet sich eine Schere zwischen innovationsstarken Großunternehmen auf der einen und den KMU auf der anderen Seite. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann spricht, um die Lage zu beschreiben, von einem Schnellzug, von dem immer mehr Waggons abgekoppelt werden. Auch Rainer Dulger, Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, teilt die Sorge um die Zukunftsfähigkeit der KMU. Ausgaben für Forschung und Entwicklung

seien Wachstums- und Beschäftigungsmotoren und unabdingbare Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit.

So kommt es nicht von ungefähr, dass sich Weil, Hofmann und Dulger am Mittwoch gemeinsam für eine neue Form steuerlicher Forschungsförderung für KMU stark machen. Dabei greift man auf ein Modell zurück, das in Österreich seit Jahren mit Erfolg praktiziert wird. Dort erhalten Firmen zehn Prozent der Personal- und Sachkostenaufwendungen als Forschungsprämie, sofern eine unabhängige Institution den innovativen Charakter einer Investition feststellt. In der Folge stiegen die KMU-Ausgaben für For-

schung und Entwicklung im Nachbarland zwischen 2000 und 2013 von vier auf neun Milliarden Euro. Das Fördervolumen erreichte 2014 rund 375 Millionen Euro.

In einer Bundesratsinitiative, die im Juni mit Mehrheit von der Länderkammer verabschiedet wurde, schlugen Niedersachsen, Bayern, Hessen und Baden-Württemberg ein ähnliches Verfahren auch für Deutschland vor. Zunächst sollen zehn Prozent der mit Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen verknüpften Personalausgaben als staatliche Forschungsprämie fließen. Das Fördervolumen schätzen die Initiatoren auf anfangs 300 Millionen Euro pro Jahr. Die Beschneidung des Innovationscharakters würden im Auftrag des Bundes Technische Überwachungsvereine oder Forschungseinrichtungen wie das Fraunhofer-Institut übernehmen.

In einer zweiten Stufe könnte – wie in Österreich – auch ein Teil der Sachausgaben staatlich ersetzt und der Kreis der förderfähigen Firmen ausgeweitet werden. Zwar gibt es bereits heute projektbezogene staatliche Zuschüsse für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Sie werden aber wegen komplexer Antragsverfahren von KMU kaum in Anspruch genommen. Argument der Initiatoren: Deutschland und Estland seien die einzigen EU-Mitglieder, die auf staatliche Forschungsförderung von KMU verzichteten. Daher sollten die Bundesregierung und im Anschluss das Parlament der Initiative zustimmen – noch vor der Bundestagswahl 2017.

Kopf oder Zahl

1400 Schadenersatzklagen von Anlegern gegen Volkswagen stapeln sich ein Jahr nach Bekanntwerden des Abgaskandals beim Landgericht Braunschweig. Allein am Montag, als die Verjährungsfrist für Ersatzansprüche ablief, seien von einer Kanzlei rund 750 weitere Schadenersatzklagen eingereicht worden, teilte das Gericht am Mittwoch mit. Der Streitwert aller Klagen summiert sich auf rund 8,2 Milliarden Euro. Die Kläger werfen VW vor, zu spät über die Manipulation von Abgaswerten bei Dieselmotoren informiert zu haben. Das Braunschweiger Gericht hat sein Personal aufgestockt, um die Verfahren bewältigen zu können. rtr



IMAGO

Daniel Zimmer, Ex-Chef der Monopolkommission, hält angesichts der Krise bei Kaiser's Tengelmann eine Zerschlagung der Supermarktkette für die beste Lösung. Sie „könnte in kurzer Frist realisiert werden“, sagte Zimmer den „Ruhr Nachrichten“. Bei einer Aufteilung des Filialnetzes wären die Wettbewerbsbedenken nicht so groß wie bei einem Komplettverkauf an den Marktführer Edeka. Langfristig müsste es auch nicht zum Abbau von Jobs kommen, sagte Zimmer. dpa

8,4 Prozent mehr Umsatz verzeichnete die deutsche Bauindustrie im ersten Halbjahr. Neben dem milden Winter trug eine starke Nachfrage in allen Bereichen dazu bei, wie der Industrieverband HDB am Mittwoch erklärte. „Die Auftragsbestände haben Ende Juni ein Niveau erreicht, das die Branche zuletzt zum Ende des Aufschwungs Ost im Jahr 1995 gesehen hat“, sagte HDB-Präsident Peter Hübner. Deshalb erhöhte der HDB die Wachstumsprognose für das Gesamtjahr von 3,5 auf 5,0 Prozent. Folgen hat der Bauboom auch für die Beschäftigung: 10000 zusätzliche Stellen dürfte es dieses Jahr auf dem Bau geben, ein Plus von 1,5 Prozent. rtr/FR